



Antrag

der Fraktion der SPD

EU-Finanzplanung nicht zulasten der Regionen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich zu starken europäischen Regionen, die einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in der EU leisten und die Akzeptanz europäischer Politik vor Ort sichern.

Er lehnt deshalb die von der Europäischen Kommission am 16. Juli 2025 vorgeschlagene Zentralisierung der Vergabe der EU-Mittel für die Struktur- und Regionalförderung ab 2028, genauso wie die geplante Zusammenlegung zentraler Politikbereiche, wie unter anderem der Kohäsions- und Agrarpolitik, in einem einzigen Fonds und damit die gegenseitige Deckungsfähigkeit der darin enthaltenen Haushaltstitel ab.

Er fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene weiterhin mit Nachdruck für die Beibehaltung und Weiterentwicklung der europäischen Förderpolitik für die Regionen einzusetzen und in diesem Sinne auf eine Überarbeitung des von der Kommission vorgelegten Entwurfs für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) hinzuwirken. Die Mitbestimmung der Bundesländer bei der Fördermittelvergabe für die Regionen muss erhalten bleiben. Sie müssen weiterhin entscheiden dürfen, wie sie die EU-Mittel vor Ort einsetzen.

Die Kohäsionspolitik der EU ist gerade in Zeiten großer Herausforderungen eine wichtige Säule eines solidarischen, innovativen und nachhaltigen Europas und darf als solche weder infrage gestellt noch dürfen die Mittel dafür gekürzt werden, was mit der Zusammenlegung der Fonds faktisch der Fall sein wird.

Der Landtag unterstützt deshalb den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 18. Juni 2025, in dem der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und die Regierungschefs der Länder die gemeinsame Stellungnahme des Bundes und der Länder zur Zukunft der EU-Kohäsionspolitik nach 2027 bekräftigen. Er fordert die

Landesregierung auf, an diesem Beschluss festzuhalten und sich entsprechend gegenüber der Bundesregierung und auf europäischer Ebene einzubringen.

Angesichts der drohenden zum Teil massiven Kürzung der Mittel vor allem im Bereich des Europäischen Sozialfonds und der Förderung für die AktivRegionen fordert der Landtag die Landesregierung auf, alle EU-geförderten Projekte automatisch auf ihr Potential für eine Verstetigung zu überprüfen.

Begründung:

Die Europäische Kommission hat am 16. Juli 2025 Vorschläge für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ab 2028 gemacht, zu dem auch die Europäische Regional- und Strukturförderung gehört. Ziel der Europäischen Regional- und Strukturpolitik ist es, den Zusammenhalt in der EU zu stärken und Unterschiede zwischen den Regionen auszugleichen. Schleswig-Holstein profitiert in der aktuellen Förderperiode von weit über 800 Mio. Euro an EU-Fördermitteln für die Regionen im Rahmen der Kohäsionspolitik, mit denen über die Programme ESF+, EFRE und INTERREG, ELER und EMFAF Projekte zur Unterstützung des sozialen Zusammenhalts und des grünen Wandels sowie zur Förderung der regionalen Entwicklung, vor allem in den strukturschwachen ländlichen Räumen, im Land umgesetzt werden.

Nach den Vorstellungen der Kommission soll die Verteilung dieser Mittel künftig national erfolgen, wodurch die regionale Mitbestimmung beim Einsatz der Mittel massiv eingeschränkt werden wird. Zudem sollen die Mittel der Regionalförderung künftig mit anderen EU-Fördermitteln in einem einzigen großen Fonds zusammengefasst werden. Im Ergebnis drohen deutlich weniger Mittel für die Regionalförderung zur Verfügung zu stehen, die zugunsten anderer Prioritäten aus diesem Fonds eingesetzt werden könnten und nach den Bedarfen der Staaten und nicht wie derzeit der Regionen verteilt werden. Das gefährdet den grundsätzlichen Gedanken der Kohäsionspolitik und den Zusammenhalt in ganz Europa. Vor allem fraglich scheint derzeit, wie viele Mittel für die sozialen Ziele der EU über den ESF+ dann überhaupt noch nach Deutschland und Schleswig-Holstein fließen. Das betrifft in gleicher Weise die LEADER-Mittel für die AktivRegionen. Gerade diese Mittel sind aber für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land bedeutend. Auch EFRE-Förderungen für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung stehen dann wahrscheinlich nicht mehr in gleicher Höhe für Schleswig-Holstein zur Verfügung. Die notwendige soziale und ökologische Transformation wäre stark ausgebremst.

Erfolgreiche Programme und Projekte wie die Förderung von Beschäftigung und Integration in den Arbeitsmarkt durch Frau&Beruf, den Weiterbildungsbonus und die -beratung, die Unterstützung des Übergangs von der Schule in den Beruf und Perspektiven für Geflüchtete im Arbeitsmarkt stehen ebenso infrage wie die Förderung von umweltschonenden und ressourceneffizienten Technologien (STEP) und der AktivRegionen. Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass dieser Vorschlag der Kommission so nicht umgesetzt wird und parallel klären, wie solche Projekte bei wegfallenden EU-Mitteln im Land weitergeführt und verstetigt werden können.

Serpil Midyatli

und Fraktion

Marc Timmer